

## Sitzungsniederschrift

<b>Gremium:</b>	<b>Beirat des Landkreises Bad Dürkheim für Migration und Integration</b>
<b>Sitzung am:</b>	<b>Donnerstag, 20.01.2022</b>
<b>Sitzungsort:</b>	<b>als Video- bzw. Telefonkonferenz im Ratssaal der Kreisverwaltung Bad Dürkheim</b>
<b>Sitzungsdauer:</b>	<b>19:30 Uhr - 21:50 Uhr 19:30 Uhr - 21:45 Uhr öffentlicher Teil 21:45 Uhr - 21:50 Uhr nichtöffentlicher Teil</b>
<b>Art der Sitzung:</b>	<b>öffentlich / nichtöffentlich</b>

Das Ergebnis der Sitzung ergibt sich aus den beigefügten Anlagen.

**Niederschriftführerin**

**Vorsitzender**

Birgit Groß

Bernd Frietsch

**Anwesend waren:**

**Vorsitz Beirat des Landkreises Bad Dürkheim für Migration und Integration**

Frietsch, Bernd

**Stellvertretung Vorsitz Beirat für Migration und Integration**

Breier, Anna

Groß, Birgit

**Beiratsmitglieder**

Scheuermann, Andrea

Stevermüer, Silke

Farge, Etienne

Buch, Solange

Abdalo, Hannan

Helal, Hussam

Uzun, Inci

(fehlte entschuldigt)

Mohammadi, Leyla

(fehlte entschuldigt)

**Vertretung der Fraktionen**

Messner-Vogelesang, Ellen

Schow, Maren

Walther, Elina

Adler, Josefine, Dr.

(fehlte entschuldigt)

**Gäste**

Hoffmann, Sven, Kreisbeigeordneter

## T a g e s o r d n u n g :

### Öffentlicher Teil:

1. Begrüßung,  
Feststellungen von Ordnungsgemäßheit der Einladung und Beschlussfähigkeit,  
Anträge zur Tagesordnung
2. Nachwahl einer Position stellvertretende\*r Vorsitzende\*r
3. personelle Ausstattung des Amtes für Migration und Integration (AMI)
4. Durchsetzung von Ausreisepflicht:
  - Informationen für Ausreisepflichtige
  - Arbeitsgenehmigungen für Ausreisepflichtige
  - verschärfte Auflagen für Ausreisepflichtige
  - Abschiebungen in Härtefällen bzw. von gut integrierten Personen
5. Aufnahme, kreisinterne Verteilung und Integration von neu zugewiesenen Personen mit
  - a) Merkmal Asylbewerber
  - b) Merkmal Aufnahmezusage/Aufnahmeprogramme
6. Besonders vulnerable Personen - Identifizierung und Konsequenzen
7. Sachstandsbericht zu Infoplattform Integreat und Infohouse Goetheinstitut
8. Sachstandsbericht zu Dolmetscherprojekt DOOR
9. Kasse des Beirats, Sachstandsbericht
10. Sachstandsmitteilung des Projekts Auf!Leben
11. Verschiedenes, Anregungen und Wünsche

### Nicht öffentlicher Teil:

interne Angelegenheiten

## Öffentlicher Teil:

### Tagesordnungspunkt 1

#### **Feststellungen von Ordnungsgemäßheit der Einladung und Beschlussfähigkeit, Anträge zur Tagesordnung**

Die Sitzung wird coronabedingt über die datenschutzkonforme Videokonferenz-Plattform „Webex“ abgehalten. Der Vorsitzende, Bernd Frietsch und Schriftführerin Birgit Groß befinden sich im Sitzungssaal der Kreisverwaltung, auch Hannan Abdallo ist dort anwesend. Beigeordneter Sven Hoffmann nimmt online an der Sitzung teil.

Begrüßung, die Einladung wurde form- und fristgerecht versendet.  
Der Vorsitzende führt die Anwesenheitsliste, stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen das vorherige Protokoll wurden keine Änderungswünsche vorgetragen, es gilt somit als genehmigt. Der Antrag des Beiratsmitglieds Ellen Messner-Vogelesang wird auf den Tagesordnungspunkt 8 DOORS verwiesen.

### Tagesordnungspunkt 2

#### **Nachwahl einer Position stellvertretende\*r Vorsitzende\*r**

Der Beirat beschließt keinen dritten Stellvertreter zu wählen. Abstimmung ist einstimmig.

### Tagesordnungspunkt 3

#### **personelle Ausstattung des Amts für Migration und Integration (AMI)**

Der online teilnehmende Kreisbeigeordnete Sven Hoffmann stellt die Situation dar. Nach mehreren vergeblichen Ausschreibungen kann die personelle Situation nun deutlich verbessert werden durch erfolgreiche Bewerbungen. Die Besetzung der vakanten Stellen mit fachlich geschultem Personal erfolgt Zug um Zug und soll bis Ende 2022 abgeschlossen sein.

## Tagesordnungspunkt 4

### Durchsetzung von Ausreisepflicht

Sven Hoffmann erklärt die Vorgehensweisen

#### - Informationen für Ausreisepflichtige

Das AMI ist verpflichtet sich an die geltenden Regelungen nach Bundesrecht zu halten. Die Ausreisepflichtigen werden im Vorfeld nicht über ein Ausreisedatum informiert, sie werden mit Auflagen zum konkreten Aufenthaltsort belegt, um eine Abschiebung fristgerecht zu gewährleisten.

Kreisbeigeordneter Hoffmann klärt mit der Fachabteilung, inwieweit den Informationsschreibern an die Ausreisepflichtigen wieder die bewährten Informationen über wichtige Institutionen zur Aufenthaltsklärung beigelegt werden können, insbesondere die Kontaktdaten zum Beirat für Migration und Integration und zu den Mitgliedern der Härtefallkommission RLP.

#### - Arbeitsgenehmigungen für Ausreisepflichtige

Auch hier wird nach den gesetzlichen Vorgaben gehandelt. Wenn die Identität des Betroffenen nicht geklärt werden konnte, da von ihm keine Mitwirkung erfolgte, dann ist die Verwaltung verpflichtet die Arbeitserlaubnis zu entziehen.

#### - verschärfte Auflagen für Ausreisepflichtige

Die frühere Vorgehensweise, den Termin bekannt zu geben, war weniger belastend für die Betroffenen und hatte sich nach Auskunft von Sven Hoffmann auch bewährt. Leider hat der Gesetzgeber diese Regelung verschärft. Es muss nur gewährleistet sein, dass die Person anzutreffen ist. Daher werden gegenüber den Ausreisepflichtigen Auflagen zum konkreten Aufenthaltsort ausgesprochen (s.o.), um für den Abschiebetermin den Zugriff für die Behörden sicher zu stellen.

#### - Abschiebung in Härtefällen bzw. von gut integrierten Personen

Beigeordneter Hoffmann führt aus, dass die Verwaltung sehr genau prüfe, ob abgeschoben werden muss. Im Zweifelsfall wird auch die Härtefallkommission (HFK) angerufen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nicht nur bei den wenigen von der Kreisverwaltung initiierten Anrufungen der HFK, sondern darüber hinaus bei einem großen Teil der Anrufungen der HFK durch Dritte für die Betroffenen entschieden und ein humanitäres Bleiberecht zuerkannt wird. Es wäre wünschenswert, hier die Chancen auf Anrufung der HFK für die Betroffenen durch gezielte Information in jeder Phase des Verfahrens zu erhöhen.

Ein Fall, den Andrea Scheuermann aus Freinsheim kennt ist Sven Hoffmann nicht bekannt. Sie schickt ihm Infos zu.

Frau Walter fragt, wie viele Abschiebungen es in 2021 gab. Sven Hoffmann erklärt, dass Corona bedingt nahezu keine Abschiebungen durchgeführt wurden.

Der Vorsitzende spricht ein Gesetzesvorhaben der neuen Bundesregierung an, nachdem Menschen, die 5 Jahre in Deutschland leben und gut integriert sind, von einem Bleiberecht geschützt werden sollen. Sven Hoffmann erklärt, dass das Gesetz bislang nicht erlassen wurde und die Verwaltung sich an die geltende Gesetz-

gebung halten muss, zumal die Landesregierung hier die obere Dienstaufsicht führt und keine klare "Vorab-"Anweisung gegenüber den ausführenden Ausländerbehörden im Land gegeben habe.

## Tagesordnungspunkt 5

### **Aufnahme, kreisinterne Verteilung und Integration von neu zugewiesenen Personen mit**

#### **a) Merkmal Asylbewerber**

#### **b) Merkmal Aufnahmezusage/Aufnahmeprogramme**

Die Menschen werden vom Land nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt. Es wird kein Unterschied gemacht zwischen Asylbewerbern und bereits Anerkannten. Es gibt ein sehr negatives Beispiel von Grünstadt Land, das der Vorsitzende anführt. Eine afghanische Familie wurde in einer Wohnung untergebracht, die in einem sehr schlechten baulichen Zustand ist und es wurde ihnen keine Unterstützung zuteil. Der Vorsitzende kümmert sich nun um die Familie. Kreisbeigeordneter Hoffmann bietet an, sich bzgl. der berichteten Missstände bei der zuständigen Verwaltung zu erkundigen und ggf. um Abhilfe zu bitten.

Es wird allgemein festgestellt, dass der Wohnungsmangel den Auszug der anerkannten Bewerber aus den kommunalen Wohnungen sehr erschweren. Auch ist es schwer geeigneten Wohnraum zu erträglichen Preisen anzubieten.

## Tagesordnungspunkt 6

### **Besonders vulnerable Personen - Identifizierung und Konsequenzen**

Leider kommt es immer mal wieder vor, dass diese Personen bei der Zuteilung nicht als solche identifiziert werden. Das macht eine schnelle Hilfe und Unterstützung schwierig. Es wäre wünschenswert, wenn die Erstaufnahmeeinrichtungen darauf ein Auge hätten. Eine spätere Umverteilung zur besseren Betreuung ist oftmals schwierig bis unmöglich. Nach der einschlägigen EU-Aufnahme-Richtlinie obliegt es allerdings nicht nur Erstaufnahmeeinrichtungen, sondern allen öffentlichen Institutionen in jeder Phase der Asyl- und Unterbringungsverfahren, also auch der Kreisverwaltung und den Delegationsgemeinden, Personen dieser besonderen Gruppe zu identifizieren und ihnen entsprechenden besonderen Schutz und Hilfe bereit zu stellen.

## Tagesordnungspunkt 7

### **Sachstandsbericht zu Infoplattform Integreat und Infohaus Goetheinstitut**

Das Infohaus kann zurzeit nicht im Foyer der Kreisverwaltung aufgestellt werden, aus Platzmangel und aus Brandschutzgründen. Auch ist das Foyer wegen der geltenden Coronavorschriften nicht öffentlich zugänglich. Sven Hoffmann weist darauf

hin, dass die Umbaumaßnahmen des AMI im Laufe des Jahres abgeschlossen sein sollten.

Das Projekt Integreat wird positiv gesehen. Da es bereits in verschiedenen Kommunen angewandt wird, soll eine Nachfrage bei den Anwendern dazu Informationen bringen. Eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern des AMI und des Beirats soll sich an die Planung machen.

## **Tagesordnungspunkt 8**

### **Sachstandsbericht zu Dolmetscherpool DOOR**

Mit Landesgeldern und aus dem europäischen Sozialfond sollen ehrenamtliche Übersetzer angeworben und geschult werden. Sie sollen eine Aufwandsentschädigung für ihre Arbeit erhalten. Es werden deshalb geringe Entgelte von den Nutzern gefordert und ist für schwierige Fälle sinnvoll, bei denen eine exakte Übersetzung wichtig ist. Ein Negativbeispiel, wie es im Kreiskrankenhaus in Grünstadt vorkam, bei dem eine syrische Frau wegen Sprachproblemen und fehlendem Dolmetscher tagelang große Schmerzen hatte und eine lebensbedrohliche Situation entstand, sollte unbedingt vermieden werden. Anna Breier hat seit Jahren einige Übersetzer aus verschiedenen Ländern an der Hand, die sie ansprechen kann. Dieser Service war bislang kostenlos. Beiratsintern soll das Thema weiterverfolgt werden.

## **Tagesordnungspunkt 9**

### **Kasse des Beirats, Sachstandsbericht**

Andrea Scheuermann hat das Kassenamt übernommen. Coronabedingt waren keine großen Bewegungen seit 2019. Dort war der Kassenstand bei € 330,-, durch Abbuchungen von Mitgliedsbeiträgen für die AGARP und Kontoführungsgebühren sind es im Dezember 2021 noch € 73,35. Die Kassenführerin wird das Konto auf online Kontomodell umstellen, was Kosten sparen wird.

## **Tagesordnungspunkt 10**

### **Sachstandsmitteilung des Projektes Auf!Leben**

Es soll ein Gespräch mit dem 1. Beigeordneten Jordan stattfinden. Der BMI wird dann darüber informiert.

## **Tagesordnungspunkt 11**

### **Verschiedenes, Anregungen und Wünsche**

Für 2022 sind zwei Projekte angedacht. Die Teilnahme am WineStreetArtFestival in Gönheim und die Interkulturelle Woche im September. Frau Dietrich geht von der

Durchführung des WSAF aus und organisiert bereits die Teilnehmer und die Abläufe. Der Vorsitzende schickt den Beiratsmitgliedern die Termine für verschiedene Vorbereitungstreffen für die Interkulturelle Woche zu. Von Donnerstag, 10.02.2022 bis Samstag, 12.02.2022. Die Mitglieder können sich dort anmelden.

Ende des öffentlichen Teils: 21.45 Uhr